



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Bezirksvertretung 3 (Lindenthal)	05.07.2010	

Anlass:

- Mitteilung der Verwaltung
- Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
- Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung
- Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Baumfällungen im Patientengarten auf dem Universitätsgelände in Köln-Lindenthal

Beantwortung einer offenen Anfrage der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Lindenthal aus der Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal am 01.02.2010

Im Bereich des Patientengartens und der Orthopädie an der Joseph-Stelzmann-Straße wurden zu unserer großen Bestürzung im Dezember 2009 sämtliche Bäume gefällt.

Frage 1:

Lagen zum Zeitpunkt der Fällung die erforderlichen Genehmigungen (Fäll- und Baugenehmigung) sämtlich vor?

Antwort:

Die Fällgenehmigung für den Patientengarten wurde mit Datum vom 23.11.2009 erteilt. Sie erlangt ihre Gültigkeit erst mit der das Vorhaben betreffenden Baugenehmigung. Die

Baugenehmigung für die Errichtung des Instituts für die Biologie des Alterns wurde dem Bauherrn am 11.01.2010 ausgehändigt.

Frage 2:

Welche Ausgleichsbepflanzungen wurden/werden vorgenommen?

Frage 3:

An welchem Ort wurden/werden die Ausgleichsbepflanzungen vorgenommen?

Antwort zu Frage 2 und 3:

In der Fällgenehmigung wurden 31 Ersatzpflanzungen auf dem Baugrundstück festgelegt. Das gesamte Kompensationserfordernis von 182 Bäumen ist nach der Bebauung auf dem Baugrundstück naturgemäß nicht umzusetzen. Bisher sind keine Ausgleichspflanzungen durchgeführt worden, die Frist hierfür beträgt bei Bauvorhaben 3 Jahre.

Für das verbleibende Kompensationserfordernis ist die Zahlung eines Ausgleichsgeldes von 82.446 Euro (dies entspricht 151 Bäumen) festgesetzt.

Frage 4:

Wer hat die von der Bezirksvertretung Lindenthal beschlossene Akteneinsicht ausgeübt und welches Fazit hat sich daraus ergeben?

Antwort:

Die Akteneinsicht hat beim Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster stattgefunden. Die Mitglieder der Bezirksvertretung wurden von der Bezirksbürgermeisterin bzw. ihrem Stellvertreter über das Ergebnis informiert.